

Dietrich Rüschemeyer

Zur Soziologie des Staates



Geboren 1930 in Berlin. Professor der Soziologie an der Brown University, Providence, R. I. Publikationen zur soziologischen Theorie, Wissenssoziologie, Fragen der Professionalisierung und der Soziologie des Staates; darunter: *Lawyers and Their Society, Power and the Division of Labour, Bringing the State Back in* (Hg.) und *States vs. Markets in the World System* (Hg.). Adresse: Department of Sociology, Brown University, Providence, Rhode Island, 02912, USA.

Meine Arbeiten am Wissenschaftskolleg bauten auf vorangegangenen Bemühungen auf, den Staat als Institutionenkomplex wieder stärker in sozialwissenschaftliche Analysen einzubringen. Obwohl die Vernachlässigung des Staates ein besonderes Problem in den amerikanischen Sozialwissenschaften darstellt, sind auch die europäischen Sozialwissenschaften davon nicht frei. Das resultierte nicht nur von der hegemonialen Stellung der USA im gelehrten Leben nach 1945, sondern geht auch auf langfristige Traditionen zurück — Traditionen liberaler wie auch marxistischer Prägung, die aus dem 19. Jahrhundert herrühren.

Meine Forschungen behandelten zwei Problemkreise, die nicht ohne indirekten Bezug zueinander sind: die Bedingungen und Chancen der Demokratisierung und die Wissensgrundlagen staatlichen Handelns. Ich werde kurz die einzelnen Arbeiten charakterisieren.

Capitalist Development and Democracy ist ein Buchprojekt, das ich mit Evelyne Huber Stephens und John Stephens, Northwestern University, unternommen habe und das im wesentlichen abgeschlossen ist. Vergleichende historische Untersuchungen, wie etwa die von Barrington Moore, kommen zu Ergebnissen, die denen von quantitativen Analysen vieler Länder diametral entgegengesetzt sind. Das Buch geht von den quantitativen Ergebnissen aus, stellt sie aber in einen neuen theoretischen Bezugsrahmen, der besonders auf soziale Klassen, Staatsstrukturen und internationale Machtverhältnisse abstellt. Die entwickelten Theoreme werden dann in drei vergleichend historischen Kapiteln erprobt, die sich mit der Entwicklung konstitutioneller Formen in Südamerika, dem Kontrast von spanisch- und englisch-sprechenden Ländern in der Karibik und der Krise der Demokratie im Europa der dreißiger Jahre befassen.

Eine internationale Tagung in Krakau, die unter dem Thema „Social Progress and Sociological Theory“ stand, gab Gelegenheit, Überlegungen zur Zukunft der Demokratie mit Arbeitsinteressen meiner Frau, Marilyn Rüschemeyer, zu verbinden. Wir haben in Krakau einen Essay über „Progress in the Distribution of Power: Gender Relations and Feminism as a Source of Change“ vorgelegt, der den langfristigen Prozeß der Frauenemanzipation auf sein Potential hin untersucht, Demokratisierung qualitativ voranzutreiben.

In einer vergleichenden historischen Arbeit habe ich, zusammen mit Ronan van Rossem, den Beitrag des Vereins für Socialpolitik und der Fabian Society zur Sozialpolitik ihrer Zeit untersucht. Diese Arbeit ist Teil eines größeren kooperativen Projektes, das sich zunächst mit der Rolle gesellschaftlichen Wissens in den Anfängen der Sozialpolitik befaßt, um dann zur gegenwärtigen Krise der Sozialpolitik überzugehen¹. Die Rolle des Vereins und der Fabian Society wurden stark bestimmt von der staatlichen Verfassung der beiden Gesellschaften, in denen sie arbeiteten. Die Rolle des Vereins für Socialpolitik ergab sich aus der besonderen Stellung der Wissenschaft in der Machtstruktur des Kaiserreiches. Nur in diesem strukturellen Zusammenhang ist jene Gelehrtenpolitik zu verstehen, in der ethische und kognitive Argumente sich eng verflochten, die aber gleichzeitig für sich eine unparteiliche wie auch wissenschaftliche Objektivität in Anspruch nahm. Das wird auch in dem Vergleich mit den ganz anders orientierten Fabiern deutlich. Als die deutschen gesellschaftlichen Machtstrukturen — und spiegelbildlich auch die Konstellation der Auffassungen im Verein — sich pluralisierten, wurde dieser akademischen Sozialpolitik *als Politik* der Boden entzogen. Innerhalb des Vereins drückte sich diese Entwicklung im Werturteilsstreit aus, in dem vor allem Teile der jüngeren Generation um Max Weber auf einer Trennung von kognitiven Urteilen und Werturteilen bestanden.

Daß Fragen der Wissensgrundlagen staatlichen Handelns auf vielfältige Weise mit der konkreten institutionellen Struktur (und auch mit Problemen von staatlicher Autonomie und Demokratisierung) verflochten sind, ergab sich auf etwas andere Weise auch in dem letzten Projekt, von dem hier zu berichten ist. „Planning Without Markets: Knowledge and State Action in East German Housing Construction“ ist ein Aufsatz, der sich aus Arbeiten ergeben hat, die von den Forschungsinteressen von Marilyn Rüschemeyer angeregt wurden und für die ein Aufenthalt in Berlin besonders günstige Voraussetzungen bot. Die Arbeit ist ein Versuch, den Planungsapparat des Wohnungsbaus in der DDR darzustellen und daraufhin zu analysieren, wie die Wohnbedürfnisse und Wohnwünsche der Bevölkerung als Information in den Planungsprozeß eingehen. Unter den verschiedenen Mechanismen und Informationskanälen sind

marktähnliche Hebelwirkungen, bestimmte Verbindungsrollen und -institutionen sowie Systemanalysen von besonderer Bedeutung. Ein Vorrang ökonomischer Produktivitätserwägungen scheint tief in den Planungsstrukturen verankert zu sein. Eine allgemeinere Schlußfolgerung ist, daß es — im Westen wie im Osten — einer gewissen, nicht unbeträchtlichen Macht bedarf, um seine Wünsche und Bedürfnisse nicht nur durchzusetzen, sondern auch nur zur Kenntnis zu bringen.

Anmerkung

1 Dies ist das Projekt einer Arbeitsgruppe des Forschungsausschusses *States and Social Structures* beim Social Science Research Council in New York.